

OSTTHÜRINGER Zeitung

Anzeige



Kaum zu glauben - so sah Google noch vor 20 Jahren aus!

1&1 Digital Guide



Babygalerie: Neuankömmlinge im Krankenhaus Schleiz

Inda-TV: Jeder Scheiß kriegt seinen Preis

11. Januar 2018

Facebook Twitter YouTube Google+ LinkedIn Drucken



Gemeinnützigkeit einer rechten Internetseite aus Jena steht auf dem...

empfohlen von

Streit um Kläranlagen: Ernüchterung bei Ostthüringer Dorfbewohnern

Das neue Thüringer Wassergesetz kommt nicht so schnell, erfuhren 160 Unterstützer einer Petition, die sich gegen den Zwang zum Bau teurer, vollbiologischer Kleinkläranlagen wendet.

12. Januar 2018 / 05:30 Uhr



Wartungsarbeiten erlauben den Blick in eine Kleinkläranlage. Foto: Archiv

Erfurt. 3800 Unterstützer-Unterschriften überzeugten den Petitionsausschuss des Landtags, ein Problem mit Tragweite vor sich zu haben. Zur öffentlichen Anhörung waren gestern 160 Bürger, hauptsächlich aus den Landkreisen Saale-Orla und Saale-Holzland, zum Landtag nach Erfurt gereist. Doch was sie hörten, war ernüchternd.

„Wir können die Wasserbehörden nicht anweisen, gegen geltendes Recht zu handeln“, versuchte Olaf Möller, Staatssekretär im Umweltministerium, die Lage zu erklären. Die

Landesregierung halte zwar an ihrem Ziel fest, für eine solidarisch finanzierte Abwasserbehandlung zu sorgen, die von Fachleuten erledigt wird. Aber erst mit Verabschiedung des neuen Wassergesetzes, das der Landtag frühestens ab April sehr intensiv beraten werde, ließe sich der Zwang zu teuren, privat anzuschaffenden Kleinkläranlagen vermeiden.

Wolfgang Kleindienst aus Pößneck, Vorsitzender der Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben, fragte mehrmals, was Bürger bis zum Inkrafttreten des neuen Wassergesetzes gegen eine Sanierungsanordnung der Behörden tun könnten. Viele seien ratlos und verzweifelt, auch wegen der hohen Betriebskosten bis zu 1600 Euro im Jahr, die mit vollbiologischen Kleinkläranlagen verbunden seien. Wilfried Bunke aus Albersdorf bei Jena erklärte, diese Art der Abwasserbehandlung komme die Grundstückseigentümer vier mal teurer als ein Anschluss an eine zentrale Kläranlage. Es sei inakzeptabel, dass der Zweckverband sich aus der Affäre ziehen will, ohne plausible Vergleichsrechnungen vorzulegen und Alternativen zu diskutieren. Private Kleinkläranlagen sollten die absolute Ausnahme darstellen. Stattdessen seien 28 Prozent der Bürger genötigt, sich mit Bau und Betrieb solcher Anlagen zu befassen.

Ausschussvorsitzender Michael Heym (CDU) war nach eigenem Bekunden „einigermaßen fassungslos“, was er aus Ostthüringen zu hören bekam. Auch in seinem Südthüringer Zweckverband kämen die kleinen Dörfer erst jetzt an die Reihe, aber alles mit Augenmaß. „Es geht also auch anders“, rief Heym.

Die Bürger würden immer erst aktiv, wenn sie persönlich betroffen sind, bedauerte Bunke. Wolfgang Priebis aus Trockenborn-Wolfersdorf mahnte die Abgeordneten, die Chance zur Rückgewinnung von Vertrauen nicht erneut zu verspielen.

Volkhard Paczulla / 12.01.18

Z0R0141186432